



Telefon +41 (0)52 632 73 61  
Fax +41 (0)52 632 72 00  
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

## **Aus den Verhandlungen des Regierungsrates**

### ***Staatsrechnung 2008***

Der Regierungsrat hat vom Ergebnis der Staatsrechnung 2008 Kenntnis genommen. Die Öffentlichkeit wird an einer Medienorientierung vom 25. März 2009 informiert.

### ***Stellenplan 2009***

Der Regierungsrat hat den Stellenplan 2009 verabschiedet. Der Stellenplan vermittelt die Übersicht über die bewilligten und besetzten Stellen der kantonalen Verwaltung, der Gerichte, Schulen und Anstalten per 1. Januar 2009. Insgesamt waren 2'623 bewilligte Stellen bzw. Pensen zu verzeichnen. Dies entspricht einer Zunahme von 83 Stellen bzw. Pensen gegenüber dem Vorjahr. Die Zunahme ist zum grossen Teil bedingt durch die neue Zählweise bei den Spitälern Schaffhausen in Bezug auf Lernende und Praktikanten. Der effektive Nettozuwachs beträgt rund 32 Stellen, mehrheitlich im Bereich der Schulen. Der Grund liegt in Mehrlektionen gemäss den Richtlinien für den sonderpädagogischen Bereich und der Einführung des Englischunterrichtes an der 3. Klasse. Beim Kanton arbeiten total 3'696 Personen, davon 2'155 mit einem Teilzeitpensum.

### ***Regierung mit Vorbehalten für Datenschutzregelung bei Benutzung der elektronischen Infrastruktur des Bundes***

Der Regierungsrat spricht sich im Grundsatz für die vorgeschlagene Datenschutzregelung bei der Benutzung der elektronischen Infrastruktur des Bundes aus, wie er in seiner Vernehmlassung an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement festhält. Die Regierung begrüsst die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage. Die vorgeschlagene Lösung wird aber als zu wenig bestimmt erachtet. Die Pauschalermächtigung, alle Personendaten aufzuzeichnen, die bei der Nutzung der elektronischen Infrastruktur entstehen, geht zu weit. Heikel ist zudem die vorgesehene weitgehende Delegation von Regelungskompetenzen an den Bundesrat.

Bei der Vorlage geht es um den Datenschutz bei der Benutzung der elektronischen Infrastruktur des Bundes (Telefon, Computer usw.). Die Benutzerinnen und Benutzer dieser Infrastruktur hinterlassen zwangsläufig elektronische Spuren (z.B. wann wurde welche Telefonverbindung aufgebaut, wann wurde von welchem Computer welche Internetseite aufgerufen). Dabei handelt es sich zum Teil um besonders schützenswerte Personendaten. Die vorgeschlagenen Bestimmungen sollen einerseits die Benutzer dieser Infrastruktur vor unzulässiger Datenbearbeitung durch den Betreiber der Infrastruktur schützen. Andererseits soll für die Betreiber die nötige gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit sie die als notwendig erachtete Bearbeitung bestimmter Daten rechtmässig vornehmen können.

## ***Regierung verlangt spätere Inkraftsetzung von Pflegefinanzierungsverordnungen***

Der Regierungsrat ersucht den Bundesrat, die Ausführungsbestimmungen zur neuen Pflegefinanzierung erst auf den 1. Januar 2011 in Kraft zu setzen. Ein Inkrafttreten bereits auf den 1. Juli 2009 verunmöglicht eine Umsetzung in den Kantonen, wie die Regierung in ihrer Vernehmlassung an das Eidgenössische Departement des Innern festhält.

Die Ausführungsbestimmungen in drei Verordnungen beziehen sich auf verschiedene Änderungen im Krankenversicherungsgesetz (KVG), die den Bereich der Pflegefinanzierung betreffen. Gemäss neuer Regelung leistet die obligatorische Krankenversicherung einen Frankenbetrag, der je nach Pflegebedarf variiert. Die Patientinnen und Patienten haben bei der Langzeitpflege noch 20 Prozent der Kosten selber zu leisten. 80 Prozent der Kosten gehen künftig zulasten der Versicherung und der öffentlichen Hand. Eine weitere Änderung betrifft die neue Akut- und Übergangspflege nach einem Spitalaufenthalt. Der Regierungsrat verlangt in Übereinstimmung mit der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren, dass eine Inkraftsetzung erst auf den 1. Januar 2011 erfolgt. Die Verordnungsentwürfe lassen zahlreiche Umsetzungsfragen offen, die von den Kantonen geklärt werden müssen. Dies betrifft insbesondere die Restfinanzierung sowie die neuen Begriffe der Akut- und Übergangspflege. Die dazu notwendigen gesetzgeberischen Verfahrensschritte sowie die Umsetzungsarbeiten unter Anhörung der Leistungserbringer, Gemeinden und weiterer Institutionen nehmen mindestens ein Jahr in Anspruch.

## ***Fuchsabschussprämie wird aufgehoben***

Der Regierungsrat hat die Fuchsabschussprämie auf den 1. April 2009 aufgehoben. Er hat eine entsprechende Änderung der kantonalen Jagdverordnung vorgenommen. Die Fuchsabschussprämie wurde ursprünglich zur Tollwutbekämpfung eingeführt. Die Auszahlung einer solchen Prämie ist nach Ansicht der Regierung heute überholt. Eine Fuchsabschussprämie wird denn auch heute in keinem einzigen "Revierkanton" mehr bezahlt. Zudem besteht aus seuchenpolizeilicher Sicht keine Notwendigkeit mehr für einen verstärkten Fuchsabschuss. Im Gegenzug zur Abschaffung der Fuchsabschussprämie wird künftig auf die Gebührenerhebung für die sog. Trichinenuntersuchung beim Schwarzwild verzichtet. Im Übrigen liegen die neuen Pachtzinse gesamthaft rund 8 % unter jenen der letzten Pachtperiode.

## ***Genehmigung von Gemeindeerlassen***

Der Regierungsrat hat folgende Gemeindeerlasse genehmigt:

- die von der Gemeindeversammlung Gächlingen am 24. Februar 2009 beschlossene Änderung der Gemeindeverfassung;
- die vom Stadtrat Schaffhausen am 10. Februar 2009 beschlossene Zonenplanänderung Nr. 7 (Lahnbuck).

## ***Ersatzwahlen Aufsichtskommission des Berufsbildungszentrums***

Der Regierungsrat hat unter bester Verdankung der geleisteten Dienste Kenntnis von den Rücktritten von Maja Gugger-Huggenberger und Ruedi Dubach als Mitglieder der Aufsichtskommission des Berufsbildungszentrums genommen.

Gestützt auf den einstimmigen Antrag des Berufsbildungsrates wurden als Nachfolger für den Rest der Amtsdauer 2009-2012 Daniel Gysin per sofort und Manfred Schmid auf den 1. August 2009 gewählt. Daniel Gysin ist Vertreter der Gesundheitsberufe. Manfred Schmid vertritt die am Berufsbildungszentrum neu angebotene Grundbildung Fachmann/Fachfrau Betriebsunterhalt EFZ.

### ***Politische Steuerungsgruppe Jugendarbeit***

Der Regierungsrat hat die Mitglieder der politischen Steuerungsgruppe Jugendarbeit für die Amtsdauer 2009-2012 gewählt. Präsidentin ist Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel. Als Mitglieder wurden Regierungsrätin Ursula Hafner-Wipf, Stadträtin Jeanette Storrer, Gemeinderätin Franziska Brenn, Neuhausen am Rheinfall, Gemeindepräsident Hansruedi Schuler, Beringen, und Gemeindepräsident Matthias Peter, Siblingen, ernannt.

### ***Personelles***

Der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen hat unter bester Verdankung der geleisteten Dienste vom Rücktritt von Eduard Looser, Rektor der Pädagogischen Hochschule Schaffhausen, auf den 31. Januar 2010 Kenntnis genommen. Eduard Looser lässt sich frühzeitig pensionieren.

Schaffhausen, 24. März 2009  
bis und mit Nr. 12/2009  
12/2009

*Staatskanzlei Schaffhausen*